

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 53 (1961)
Heft: 11

Artikel: Gewerkschaftskongress der Umkehr
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

läßt, wie das in einer gewissen gewerkschaftlich-religiösen Presse mehr und mehr vorkommt.

Dermaßen sieht die Lage des Katholizismus in der Schweiz aus, wenigstens für denjenigen, der diese Situation nicht durch die getrübe Brille der Voreingenommenheit und der Ausschließlichkeit betrachtet. Dies ist das Produkt von hundert Jahren Getto und ebensoviel Jahren der Verwirrung und Unklarheit; diese Lage ist das Resultat einer religiösen Erziehung, die sich vor allem der Pflege der guten Empfindungen und Gewohnheiten widmet. Sie ist aber auch das Resultat des Widerstandes gewisser Kreise gegen die freie Entfaltung des Laientums.

Frei von Gott erschaffen, ist der christliche Laie allein für seine Entschlüsse verantwortlich. Er mag die Kirche auch nicht in seine zeitlichen Stellungnahmen hineinzerren, über die man stets geteilter Meinung sein kann. Wenn es auch geistige Werte gibt, die jeder Christ verteidigen muß, so dürfen diese doch andere wesentliche und menschliche Werte nicht völlig überschatten. Diese andern allgemeinen und menschlichen Werte hat der Laie *auch* zu verteidigen, und zwar in freigewählter Art und Weise. Wenn dem Priestertum seine eigenen Gnadenmittel zuteil werden, so strömt die Gnade des Herrn auch dem Laien zu, und dieser hat das Recht darauf, daß auch der Klerus diese Gnaden anerkennt und seine Verpflichtungen respektiert.

Wir schließen, indem wir eine Stelle eines Vortrages wiedergeben, den Brunnetière im Jahre 1901 an die katholische Jugend von Tours gerichtet hat:

«Um in sozialer Beziehung fruchtbringend zu wirken, darf sich die Katholische Aktion (das heißt die Aktion der Katholiken) nicht den Forderungen einer sozialen oder politischen Partei unterwerfen. Und ohne alle Gründe aufzählen zu wollen, weswegen sie das nicht darf, kann und muß uns dieser Grund genügen, daß die Katholische Aktion, wenn sie einmal privaten Einrichtungen dient, aufhört, universell und damit katholisch zu sein!»

Louis Clerc, Fribourg.

Gewerkschaftskongreß der Umkehr

Nach einigen Richtungen bedeutet der in der ersten September-Woche (wie alljährlich) in Portsmouth abgehaltene Jahreskongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes einen Wendepunkt, den Beginn einer neuen Aera. Das gilt zunächst von der Entschiedenheit, mit der die Tagung gegen die kommunistische Infiltrierungsarbeit aufgetreten ist. Im Vorjahr ist ein Kommunist, der Generalsekretär der Bergarbeiter – an sich ein recht tüchtiger Mann –, in den Generalrat (Vorstand) des Bundes gelangt, einfach durch den Zufall, daß sein Vormann starb. Bei der jetzt vorgenommenen Neuwahl wurde

der alte Zustand wiederhergestellt: im 33gliedrigen Generalrat sitzt kein einziger Kommunist. Das bedeutet aber nicht, daß die Kommunisten es trotz ihrer zahlenmäßigen Geringfügigkeit in England nicht zuwege brächten, eine Menge von Unfug anzurichten.

Der Fall des Elektrotechnikerverbandes

Der endliche Ausschluß des kommunistisch dirigierten Elektrotechnikerverbandes (ETU) mit 240 000 Mitgliedern hat deshalb berechtigtes Aufsehen erregt, weil er ohne Vorbild ist. Man hat schon früher hie und da Verbände auf kurze Zeit suspendiert, und diese mildere Form wäre auch bei der ETU angewendet worden, wenn man sich nicht gerade von der Waffe des Ausschlusses in diesem Fall die besondere Wirkung des Aufwachens der indifferenten Mitgliedschaft versprochen hätte. Nach wochenlanger Verhandlung hat ein Londoner Gericht festgestellt, daß sich die kommunistische Verbandsführung nur durch offenkundigen Wahlschwindel an der Macht hielt, wobei Verbandsfunktionäre namentlich als Organisatoren dieses Betruges gebrandmarkt wurden. Die Verbandsleitung weigert sich aber, abzutreten. Zugleich behandelt sie den neuen Generalsekretär *John Byrne*, den die gerichtliche Entscheidung als gewählten Generalsekretär bezeichnet und eingesetzt hat (bei der angeblichen Wahl seines kommunistischen Gegenkandidaten kam der ganze Schwindel zum Platzen) als einen Aussätzigen und möchte ihn vollkommen isolieren. Knapp nach dem Gewerkschaftskongreß wurde der ETU-Vorstand neu gewählt, und der Gewerkschaftsbund hofft nun, daß der in der gesamten Presse breit erörterte Ausschluß dazu beitragen wird, daß eine größere Zahl von Verbandsmitgliedern als bisher abstimme, was allein schon die Niederlage der kommunistischen Kandidaten herbeiführen könnte, die – abgesehen von Wahlschwindeln – immer nur deshalb gewählt werden konnten, weil sich höchstens 7 bis 8 Prozent der Mitgliedschaft an Wahlen beteiligten. Freilich tritt das Häuflein Kommunisten in dem Verband auch jetzt zielbewußt und organisiert auf, was man von ihren Gegenspielern nicht immer sagen kann. Es wird jedenfalls noch einen harten Kampf um die Säuberung des Verbandes von undemokratischen Elementen geben, denn die Kommunisten klammern sich mit Zähnen und Klauen an jede Position. Aber die klare Entscheidung des Gewerkschaftskongresses nach langem Zögern ist eine resolute Umkehr und kann die Wirkung eines reinigenden Gewitters haben. Wenn der neugewählte Vorstand der ETU eine demokratische Mehrheit hat, kann der Verband sofort wieder in den Kreis des Gewerkschaftsbundes zurückkehren. Auf die lohnpolitischen Fragen der ETU-Mitgliedschaft dürfte der Ausschluß, da der Verband Partner der Gesamtarbeitsverträge ist, kaum einen Einfluß haben.

Schon jetzt hatte der Ausschluß die Möglichkeiten des Gewerk-

schaftsbundes, auf die ETU-Mitgliedschaft einzuwirken, wesentlich verbessert: nun konnte George Woodcock, der TUC-Generalsekretär, sich mit einem Appell an alle ETU-Ortsgruppen wenden, für eine demokratische Zusammensetzung der Verbandsführung zu sorgen. Früher wäre eine solche direkte Einflußnahme ausgeschlossen gewesen.

Gegen die «Pause» bei Lohnforderungen

Mit einer in den letzten Jahren selten erlebten Einmütigkeit hat der Kongreß auf die Sanierungspläne des konservativen Schatzkanzlers *Selwyn Lloyd* reagiert. Großbritannien leidet unter einer merkwürdigen Krise inmitten von Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung. Die Wirtschaft des Landes ist nicht gesund, weil man die Dinge lange planlos dahintreiben ließ, um eine Stimmung der allgemeinen Zufriedenheit, ohne Nachdenken über die Folgen, zu erzeugen. Jetzt sieht man plötzlich, daß Produktion und Produktivität nicht entsprechend angestiegen sind, daß man Ausfuhrmöglichkeiten vernachlässigt hat, weil es eben leichter ist, die Waren im Lande abzusetzen und vieles andere mehr. Gewiß sind auch die Löhne angestiegen, aber gleichzeitig hat eine schmale Schicht von Drohnen auf Kosten der Allgemeinheit phantastische Spekulationsgewinne erzielen können.

Den entstandenen Schwierigkeiten will die konservative Regierung mit dem beliebten Mittel entgegenwirken, daß die Massen der arbeitenden Menschen den «Gürtel enger schnallen» sollen – so ziemlich das älteste Rezept zur Bekämpfung von Krisen. *Selwyn Lloyd* hat dem Gewerkschaftsbund vorgeschlagen, er möge seinen angeschlossenen Verbänden eine «Pause» im Stellen von Lohnforderungen empfehlen. Dort, wo der Staat selbst Arbeitgeber ist, wie bei den Lehrern, hat sofort ein härterer Kurs bei der Behandlung von Gehaltsforderungen eingesetzt, der, wenn er anhält, den für das Gedeihen des Landes unerläßlichen Zustrom zum Lehrberuf einzudämmen geeignet ist.

Um eine gewerkschaftliche Zustimmung zur «Lohnpause» zu erhalten, ist *Selwyn Lloyd* ziemlich weit gegangen – weit für die Begriffe eines konservativen Finanzministers. Er hat als Ausgleich für das nächste Jahr eine Steuer auf Kapitalgewinne angekündigt, und er hat plötzlich Begeisterung für Planwirtschaft bekundet. Planwirtschaft ist bekanntlich etwas in konservativen Augen, was das Leben bürokratisiert, den Produktionsprozeß lebensfremden äußern Einwirkungen unterwirft, die Freiheit einschränkt usw., also kurz eine Art Vorstufe zum Bolschewismus darstellt. In Verleugnung aller dieser seit Jahren gezüchteten Vorurteile hat aber *Selwyn Lloyd* jetzt die Sozialpartner eingeladen, einem «Wirtschaftsrat» beizutreten, in dem Vertreter des Staates gemeinsam mit denen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich mit Planungsaufgaben befassen

würden. Die Vorschläge sind reichlich vage und unbestimmt, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß die konservative Regierung mehr zugestehen will als die äußern Formen einer Wirtschaftsplanung und daß sie tatsächlich den Gewerkschaften einen aktiven Einfluß auf das Geschehen zubilligen möchte.

Sei dem wie immer, die Forderung nach einseitigen Opfern der Arbeitnehmer, nach einer «Pause» wurde vom Gewerkschaftskongreß abgelehnt. Das bedeutet natürlich nicht die Ablehnung aller Verantwortungen oder eine Justamentpolitik wilder Lohnforderungen, aber ein Beharren auf einer sozial gerechten Aufteilung der unausweichlichen Opfer. In der Frage der Planungszentrale warten die Gewerkschaften ab, welche konkreten Vorschläge die Regierung ausarbeiten wird. Leere Schlagworte, die nur darauf berechnet sind, die Gewerkschaften einer Zurückhaltung bei Lohnforderungen gegenüber gefügig zu machen, verfangen bei diesen nicht.

Die britische Hinwendung zu Europa

Lange nicht so einmütig wie bei Selwyn Lloyds Vorschlägen war man am Gewerkschaftskongreß in der Frage des britischen Beitritts zum Gemeinsamen Markt. Der Generalrat hatte eine ausführliche Stellungnahme zu der ganzen Problematik vorbereitet, die im Wesen auf eine Zustimmung zur Ankündigung der Regierung Macmillan hinauslief, Verhandlungen mit der EWG wegen eines britischen Anschlusses zu beginnen. Sie unterstrich auch die Berechtigung der Vorbehalte, die die Regierung in der Frage der Landwirtschaft und des Commonwealth macht, und sie fügte ihnen die gewerkschaftliche Auffassung hinzu: «Der Gewerkschaftsbund beharrt darauf, daß der wahre Prüfstein für die europäische Wirtschaftseinheit darin besteht, ob sie die Vollbeschäftigung, das wirtschaftliche Wachstum und die Verbesserung des Lebensstandards fördert.» In bezug auf die Freizügigkeit der Arbeitskräfte möchte der Gewerkschaftsbund eine Sonderregelung sehen, die auf die britischen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Natürlich hat es in der Debatte nicht an Gegnern jeder Annäherung an Europa gefehlt, eine Gegnerschaft hinter der manchmal isolationistische Gesichtspunkte zutage traten, manchmal kommunistische Einflüsse zu erkennen waren. Trotzdem ging der Standpunkt des Bundesvorstandes mit großer Mehrheit durch. Niemand sollte verkennen, daß dieser Beschluß wirklich bahnbrechenden Charakter hat – es gibt auch für die britischen Gewerkschaften kein Zurück mehr zu einem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Auswirkungen ignorierenden Standpunkt.

Die Frage der Kernwaffen

Die große Umkehr hat im Bereich des Gewerkschaftsbundes auch in der Frage der Kernwaffen eingesetzt, die durch so viele Jahre

schon einen Zankapfel bildet, obwohl die britische Arbeiterbewegung, da sie nicht die Regierung des Landes innehat, eigentlich selbst keine unmittelbaren Entscheidungen treffen müßte. Der Sinn für Verantwortung dem Lande und der Welt gegenüber macht es ihr aber immer wieder zur Pflicht, den Standpunkt zu überprüfen. Im Vorjahr kam es in dieser schicksalsschweren Frage zu widersprechenden Beschlüssen. Eine Mehrheit des Kongresses billigte die Linie von Arbeiterpartei und Gewerkschaftsbund, die im Grunde die traditionelle Formel «kollektive Sicherheit, international vereinbarte Abrüstung» zum Inhalt hatte. Gleichzeitig ging aber auch eine gegenteilige Resolution durch, die eine einseitige, bedingungslose britische Abrüstung auf dem Gebiet der Nuklearwaffen verlangte. Dieser Widerspruch war sicher keine zufriedenstellende Lösung, aber er allein verhinderte, daß die offizielle Resolution in der Minderheit blieb: es hatte eine Gewerkschaft, die Amalgamated Engineering Union mit einer Stimmkraft von 900 000, ihr Prestige geopfert und beide Male Ja gestimmt, um die Situation zu retten. Solche Auskunftsmittel waren in diesem Jahre nicht notwendig, denn eine – vielleicht zu spät einsetzende – Aufklärungspropaganda hat das Verständnis für die wahre Problematik geweckt, und was vielleicht noch nachzuholen war, hat Chruschtschew mit seiner Wiederaufnahme der Versuchsexplosionen besorgt. Mit Ausnahme des allerdings sehr starken Transportarbeiterverbandes (1,3 Millionen Mitglieder), der dem Gedanken des einseitigen britischen Verzichtes verhaftet bleibt, haben alle großen Mitgliedsverbände des TUC (die ETU durfte nach dem Ausschluß nicht mehr mitstimmen, doch hätte sie das Ergebnis kaum beeinflußt) der traditionellen Linie zugestimmt, die die Drohung mit Massenvernichtungswaffen durch eine internationale Vereinbarung aus der Welt schaffen will und von einseitigen Gesten nichts hält. Dieser mit großer Mehrheit zustandegekommene Beschluß des Gewerkschaftskongresses ist ein wichtiger Auftakt für den Labourparteitag im Oktober, der die gleiche Problematik behandeln wird, was unter den gegebenen Umständen nur mit einem entscheidenden Sieg der Richtung Gaitskell enden kann. So kann durch den Gewerkschaftskongreß von 1961 der Grundstein für die Liquidierung der Konflikte gelegt worden sein, die die britische Labourbewegung in den letzten Jahren erschüttert hat.

Die resolute Wendung gegen kommunistische Störversuche, das entschiedene Bekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit und die eindeutige Stellungnahme in der so lange umstrittenen Frage der Kernwaffen heben den Gewerkschaftskongreß von 1961 über die Bedeutung einer bloßen Jahrestagung weit hinaus.

J. W. Brügel (London)